

Rechtsanwalt Daniel Sebastian, Kurfürstendamm 103/104, 10711 Berlin

Postanschrift:
RA Sebastian
Postfach 700254
10322 Berlin
Sprechzeiten:
Mo. – Fr. 09:00 – 17:00 Uhr
Telefon: (030) 609 85 65 70
Telefax: (030) 609 85 65 79

Mein Zeichen:

DigiRights Administration GmbH ./.

Abmahnung wegen unerlaubter Verwertung geschützter Werke

Sehr geehrter Herr

hiermit zeige ich an, dass ich die rechtlichen Interessen der **DigiRights Administration GmbH** in oben bezeichneter Angelegenheit vertrete. Die ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird anwaltlich versichert. Die Vorlage der Vollmacht ist nicht erforderlich. Insbesondere kann keine Zurückweisung gemäß § 174 BGB erfolgen (vgl. BGH, Urteil vom 19.05.2010, AZ: I ZR 140/08).

Meine Mandantin ist Inhaberin ausschließlicher Verwertungsrechte an folgenden Werken:

Durch die rechtswidrige Verbreitung ihrer Werke im Internet, insbesondere über sogenannte **Tauschbörsen** oder **File-Sharing-Systeme**, wie z.B. **Bittorrent** und **eDonkey/eKad**, entstehen meiner Mandantin **erhebliche Schäden**. Sie hat daher die Firma SKB UG (haftungsbeschränkt) mit der Überwachung der File-Sharing-Systeme beauftragt, um diese auf Angebote hin zu überprüfen, die ihre **Rechte verletzen**, und die Identität der Verletzer offen zu legen.

Die Firma SKB UG (haftungsbeschränkt) hat dabei folgende **Daten erhoben und beweissicher dokumentiert:**

IP-Adresse:

Zeitpunkt:

Filehash:

P2P-Netzwerk:

Benutzerkennung:

Angebotene Datei:

Aufgrund dieser ermittelten Daten habe ich für meine Mandantin in einem **Verfahren** gemäß § 101 Abs. 9 UrhG vor dem **Landgericht** am einen Beschluss mit dem **Aktenzeichen** erwirkt.

Dadurch wurde dem betroffenen Internet Service Provider gestattet, Auskunft über Namen und Anschriften der Nutzer der darin bezeichneten IP-Adressen zu erteilen. Sofern Ihr Provider nicht mit diesem Provider übereinstimmt, ist dies dadurch begründet, dass Ihr Provider die an Sie vergebene IP-Adresse bei dem bezeichneten Provider bezogen hat.

Aus der daraufhin erteilten Auskunft geht hervor, dass die oben bezeichnete IP-Adresse zu dem genannten Zeitpunkt Ihrem Internetanschluss zugeordnet war. Damit spricht ein **Anscheinsbeweis** dafür, dass Sie als Anschlussinhaber die **Verletzungshandlung** auch **selbst begangen** haben (BGH, Urteil vom 12.05.2010, AZ: I ZR 121/08).

Es steht aufgrund der Ermittlungen fest, dass von Ihrem Internetanschluss die sechs verfahrensgegenständlichen Tonaufnahmen durch das Verwenden einer Internettauschbörse anderen Nutzern dieser Tauschbörse weltweit zugänglich gemacht wurden.

Sollten Sie sich auf den Standpunkt stellen wollen, die Verletzungshandlung selbst nicht begangen zu haben, so träfe Sie zur Entkräftung des Anscheinsbeweises eine sekundäre **Darlegungs- und Beweislast** (vgl. OLG Köln, Beschluss vom 11.09.2009, AZ: 6 W 95/09). Das bedeutet, dass es nicht ausreicht, die Tat zu bestreiten oder pauschal auf Dritte zu verweisen. Vielmehr hätten Sie in einem solchen Fall den Dritten konkret unter Angabe der Anschrift zu bezeichnen, mit der Folge der **Schadensersatzpflicht** dieser Person. Gelingt Ihnen der Nachweis nicht, haften **Sie als Täter der Rechtsverletzung**.

Damit steht fest, dass von Ihrem Internetanschluss aus die oben genannten Musikwerke zum Download angeboten wurden, wodurch die Rechte meiner Mandantschaft, unter anderem aus § 19a UrhG, verletzt wurden. Infolge dessen stehen meiner Mandantschaft gemäß §§ 97, 97a Absatz 1, 101 UrhG unter anderem **Beseitigungs-, Unterlassungs-, Auskunfts- und Schadensersatzansprüche** zu.

Ich fordere Sie daher im Namen meiner Mandantschaft auf, es ab sofort zu unterlassen, urheberrechtlich geschützte Werke meiner Mandantschaft zum Download anzubieten und damit der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

In urheberrechtlichen Angelegenheiten ist jedenfalls der Ansatz einer 1,3 Gebühr angemessen (LG Köln, Urteil vom 18.07.2007, AZ: 28 O 480/06). Unter Berücksichtigung der Eilbedürftigkeit der Abmahnung kommt auch eine 1,5 Gebühr in Betracht (vgl. KG Berlin, Urteil vom 13.06.2006, AZ: 9 U 251/05). Hieraus errechnen sich Kosten in Höhe von bis zu 1.704,50 EUR netto inklusive Post- und Telekommunikationspauschale.

Die Ausnahmeregelung des § 97a Abs. 2 UrhG ist vorliegend nicht anwendbar, da diese nur bei unerheblichen Rechtsverletzungen greift. Durch das Angebot eines Musikalbums oder eines Chartcontainers ist diese **Bagatellgrenze überschritten** (LG Köln, Urteil vom 21.04.2010, AZ: 28 O 596/09). Die Anwendbarkeit des § 97 a II UrhG auf Filesharingfälle generell wird in der Rechtsprechung mittlerweile fast durchgängig abgelehnt (vgl. LG Berlin, 03.03.2011, AZ: 16 O 433/11; AG Düsseldorf, 05.04.2011 AZ: 57 C 15740/09; LG Hamburg, 30.04.2010, AZ: 308 S 12/09; AG München, 11.11.2009, AZ: 142 C 14130/09, AG Frankfurt, 26.10.2009, AZ: 31 C 1685/09). Eine Begrenzung der Anwaltsgebühren auf 100,00 EUR kommt daher nicht in Betracht.

Hinzu kommen die Kosten für den Antrag nach § 101 UrhG, die sich mit 203,50 EUR Gerichtskosten zuzüglich 265,70 EUR Anwaltskosten inklusive Post- und Telekommunikationspauschale bemessen. Weiterhin berechnet der jeweilige Provider Kosten für die Auskunft in unterschiedlicher Höhe.

Schließlich sind die Kosten für die Ermittlung der IP-Adresse durch die Firma SKB UG (haftungsbeschränkt) in Ansatz zu bringen.

Der Schadensersatz nach § 97 Absatz 2 UrhG umfasst zudem pauschalen Schadensersatz im Wege der Lizenzanalogie. Hierfür wird nicht zugrundegelegt, wie viel am Markt für den Erwerb des Filmes bezahlt werden muss, sondern, wie viel vernünftigerweise vereinbart worden wäre, um Ihnen eine Lizenz zu erteilen, mit der Sie das Werk einer unbegrenzten Anzahl an Personen zum Download hätten anbieten dürfen.

Da solche Lizenzen normalerweise nicht vergeben werden, obliegt es gemäß § 287 ZPO der freien Würdigung des Gerichts, die Höhe zu bemessen (vgl. BGH, Urteil vom 26.03.2009, AZ: I ZR 44/06). Zwischen 200,00 EUR (LG Köln vom 01.12.2010, AZ: 28 O 594/10) und 300,00 EUR pro Titel (LG Düsseldorf, Urteil v. 09.02.2011, Az. 12 O 68/10) sind angemessen. Bei sechs Titeln kann alleine diese Schadensersatzposition eine Höhe von 1.800,00 EUR erreichen.

Ich halte fest, dass somit neben dem Unterlassungsanspruch Schadensersatz- und Aufwendungsersatzansprüche meiner Mandantschaft gegen Sie in Höhe von über 4.000,00 EUR in Betracht kommen. Zusätzlich besteht ein Anspruch auf Löschung der Werke, und es steht Ihre strafrechtliche Verantwortlichkeit im Raum. Weiterhin sehen Sie sich der Gefahr von gerichtlichen Verfahren, die weitere, nicht unerhebliche, Kosten produzieren werden, gegenüber.

So weit muss es nicht kommen. Meine Mandantschaft hat kein Interesse daran, den Sachverhalt zur Anzeige zu bringen, oder Sie einem langwierigen und **kostenintensiven Gerichtsverfahren** auszusetzen.

Meine Mandantschaft ist sogar erfreut darüber, dass Sie Interesse an ihren Produkten haben. Schade ist nur, dass Sie nicht bereit waren, dafür den angemessenen Preis zu bezahlen.

Um diesen **rechtswidrigen** und für alle Beteiligten **unerfreulichen Zustand** zu beseitigen, bietet meine Mandantin Ihnen folgenden Vergleich an:

- 1. Sie verpflichten sich durch Abgabe der strafbewehrten Unterlassungserklärung, die Urheberrechte meiner Mandantschaft in Zukunft nicht mehr zu verletzen und kommen dieser Verpflichtung nach.**
- 2. Sie zahlen einen pauschalen Vergleichsbetrag in Höhe von 1.800,00 EUR an meine Mandantschaft.**
- 3. Sie löschen die streitgegenständlichen Dateien und vernichten sämtliche Kopien.**
- 4. Mit Eingang der Unterlassungserklärung und der Vergleichssumme sind alle Ansprüche meiner Mandantschaft aus der oben bezeichneten Rechtsverletzung abgegolten.**
- 5. Meine Mandantschaft verzichtet darauf, weitere gerichtliche oder außergerichtliche, straf- oder zivilrechtliche Schritte gegen Sie einzuleiten.**

Sollten Sie mit diesem **Vergleich**, der ein **deutliches Entgegenkommen** meiner Mandantschaft darstellt, einverstanden sein, so unterzeichnen Sie bitte das anliegende Formular und senden Sie es innerhalb der oben bezeichneten Frist zur Abgabe der Unterlassungserklärung ein. Zur Wahrung der Frist genügt die Übermittlung per Telefax, sofern das Original bald nachfolgt.

Die Vergleichssumme in Höhe von 1.800,00 EUR überweisen Sie bitte bis spätestens zum

auf folgendes Konto:

Kontoinhaber:	Rechtsanwalt Sebastian
Kontonummer:	322 271 800
BLZ:	100 70 848
Bankinstitut:	Berliner Bank
Verwendungszweck:	

Bitte geben Sie unbedingt den Verwendungszweck an, da Ihre Zahlung sonst nicht zugeordnet werden kann. Dies kann dazu führen, dass unmittelbar ein gerichtliches Verfahren eingeleitet wird.

Meine Mandantin hofft, mit diesem **Vergleich** zu einer **einvernehmlichen Lösung** kommen zu können. **Die Angelegenheit wäre dann für Sie endgültig erledigt.**

Sollten Sie andererseits nicht zu einer Einigung bereit sein, werde ich meiner Mandantschaft raten, ihre Ansprüche sofort gerichtlich geltend zu machen.

Abschließend teile ich Ihnen mit, dass die Vorlage von Unterlagen und Beschlüssen gerichtlichen Verfahren vorbehalten bleibt und im Rahmen der Abmahnung nicht erforderlich ist. Alle ermittelten und über Sie gespeicherten Daten werden ausschließlich für die Durchsetzung der Ansprüche genutzt und darüber hinaus Dritten nicht zugänglich gemacht. Eine Auskunftserteilung gemäß § 34 BDSG kann unter Verweis auf § 1 Absatz 3 Satz 2 BDSG nicht erfolgen.

Schriftverkehr in dieser Angelegenheit ist ausschließlich über meine Kanzlei zu führen. Unterlassungserklärungen können nicht fristwährend meiner Mandantschaft gegenüber abgegeben werden.

Mit freundlichen Grüßen



Daniel Sebastian
Rechtsanwalt

UNTERLASSUNGS- UND VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG

Aktenzeichen: _____

gegenüber

- nachfolgend „Schuldner“ genannt -

der

DigiRights Administration GmbH
Elisabethenstr. 43, 64283 Darmstadt

- nachfolgend „Gläubigerin“ genannt -

1. Der Schuldner verpflichtet sich gegenüber der Gläubigerin, es bei Meidung einer für jeden Fall der Zuwiderhandlung fällig werdenden Vertragsstrafe, deren Höhe von der Unterlassungsgläubigerin nach billigem Ermessen bestimmt wird und im Streitfall vom zuständigen Gericht überprüft werden kann, zu unterlassen, die urheberrechtlich geschützten Werke der Gläubigerin

oder Teile hiervon, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen oder öffentlich zugänglich machen zu lassen.

2. Der Schuldner erkennt dem Grunde nach den Schadensersatzanspruch aus der Verletzung der Rechte gemäß Ziffer 1 an.
3. Der Schuldner verpflichtet sich, einen Betrag in Höhe von 1.800,00 EUR zur Erledigung der Ansprüche der Gläubigerin zu zahlen.

4. Der Vergleichsbetrag in Höhe von 1.800,00 EUR ist bis spätestens zum _____ (Eingang)
unter Angabe des Verwendungszweckes auf folgendes Konto zu zahlen:

Kontoinhaber: Rechtsanwalt Sebastian
Kontonummer: 322 271 800
BLZ: 100 70 848
Bankinstitut: Berliner Bank
Verwendungszweck: _____

5. Bei fristgemäßem Eingang der Unterlassungserklärung und des Vergleichsbetrages ist die
Angelegenheit abgeschlossen. Weitere Ansprüche werden nicht geltend gemacht.

_____, den _____
(Ort)

(Unterschrift)

Diese Erklärung ist zu unterschreiben und im Original an folgende Adresse zu senden:
Rechtsanwaltskanzlei Daniel Sebastian, Postfach 700254, 10322 Berlin.